

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
für Haus- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 50 Pf.  
für den Postweg vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Ausland M. 3.50 — Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, U. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Erscheinung: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltige Zeitzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 31.

Dresden, Freitag den 4. Oktober 1912.

23. Jahrg.

## Frauenkämpfe.

Der Deutschen Verband für Frauenstimmen, dessen Organ die „Frauenstimme“ ist, hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt. Die Frauenstimme hat sich für die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland eingesetzt und hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Petitionen an die Reichstagskommissionen und an die Reichstagsverwaltung gerichtet. In der letzten Zeit hat die Frauenstimme eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt.

Die Frauenstimme hat sich für die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland eingesetzt und hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Petitionen an die Reichstagskommissionen und an die Reichstagsverwaltung gerichtet. In der letzten Zeit hat die Frauenstimme eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt. Die Frauenstimme hat sich für die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland eingesetzt und hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Petitionen an die Reichstagskommissionen und an die Reichstagsverwaltung gerichtet. In der letzten Zeit hat die Frauenstimme eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt.

Die Frauenstimme hat sich für die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland eingesetzt und hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Petitionen an die Reichstagskommissionen und an die Reichstagsverwaltung gerichtet. In der letzten Zeit hat die Frauenstimme eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt. Die Frauenstimme hat sich für die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland eingesetzt und hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Petitionen an die Reichstagskommissionen und an die Reichstagsverwaltung gerichtet. In der letzten Zeit hat die Frauenstimme eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt.

Die Frauenstimme hat sich für die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland eingesetzt und hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Petitionen an die Reichstagskommissionen und an die Reichstagsverwaltung gerichtet. In der letzten Zeit hat die Frauenstimme eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt. Die Frauenstimme hat sich für die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland eingesetzt und hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Petitionen an die Reichstagskommissionen und an die Reichstagsverwaltung gerichtet. In der letzten Zeit hat die Frauenstimme eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt.

Die Frauenstimme hat sich für die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland eingesetzt und hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Petitionen an die Reichstagskommissionen und an die Reichstagsverwaltung gerichtet. In der letzten Zeit hat die Frauenstimme eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt. Die Frauenstimme hat sich für die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland eingesetzt und hat in diesem Zusammenhang eine Reihe von Petitionen an die Reichstagskommissionen und an die Reichstagsverwaltung gerichtet. In der letzten Zeit hat die Frauenstimme eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die auf die Verwirklichung des Wahlrechts für Frauen abzielen. In der Mehrzahl dieser Beschlüsse wird die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in allen bürgerlichen und politischen Beziehungen betont. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Forderung der Gleichberechtigung in der Ehe und in der Erbschaft gelegt.

zu treten, bei der das Wahlrecht der Frau im natürlichen und organischen Zusammenhang mit all ihren anderen Programmforderungen steht, zur Sozialdemokratie, die nicht aus Rücksicht auf den Mittelstand, oder in der Erwägung, daß man ja allerlei auf's Papier schreiben könne, das gleiche, all-

gemeine, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter begehrt, sondern weil für sie der Befreiungskampf der Frau nur einen Ausschnitt aus dem großen, allgemeinen Befreiungskampf darstellt, in den sie mit all ihren Kräften eingetreten ist.

## Der Balkanwirrwarr.

Noch immer ist es unbestimmt, ob das Balkanpulverfabrikanten oder ob Oesterreichs drohende Haltung den Verbund zur Vernunft bringen wird. Spärlächer fliehen die Teufelchen; die Jesur sieht und streicht. Sicher ist nur, daß weder die Türkei noch ihre vier Gegner kriegerisch sind. Daraus erklären sich wohl auch die einander widersprechenden Meldungen. Angekündigt wird ein Ultimatum, das die vier Mächte der Türkei in den nächsten Tagen zu stellen gedenken und das auf den Ton gestimmt sein soll: Entweder durchgreifende Reformen in der Türkei oder Krieg! Da diese Reformen in umfassender Autonomie der mazedonischen Nationalitäten bestehen sollen und dies wiederum auf eine Zerstückelung der europäischen Türkei hinauslaufen dürfte, wird die Pforte den Krieg wählen müssen. Darum auch die Feindseligung der Friedensverhandlungen mit Italien, die bereits nahe bis an die Unterzeichnung der Friedensbedingungen gediehen sein sollen; zumal auch Italien ein starkes Interesse daran hat, aus dem Konzert der europäischen Mächte nicht ausgeschlossen zu werden, was ja geschehen würde, solange Italien als kriegerische Macht gilt.

Ein greifbares Resultat über ein gemeinsames Vorgehen der Großmächte wird noch nicht gemeldet. Die mangelnde Einigkeit der Mächte, ihre Eifersüchtelei und imperialistische Rivalität läßt sie aneinander zu keinem gemeinsamen Programm kommen. England und Frankreich streiten sich um die Sympathie der Türkei, zwischen Frankreich und Deutschland fließt seit der Marokkofrage eine breitere Kluft denn bei früheren Balkankriegen, dazu die Balkankonkurrenz zwischen Rußland und Oesterreich und der allgemeine Gegenatz zwischen Dreieck und Tripelentente — die Situation kann kaum zersprengter sein. Aus Wien werden dem Berliner Tageblatt über diese Verwirren folgende „wohlinformierte“ Aufklärungen gemeldet:

Trotzdem in allen Hauptstädten verächtlich wird, daß die Großmächte über ihr Vorgehen gegenüber der Türkei und den Balkanstaaten einig seien, ist es gewiß, daß diese Einigkeit bei weitem keine vollständige ist. Die Aktion der Großmächte krankt daran, daß zwischen dem Standpunkt Rußlands und dem der übrigen Mächte Meinungsverschiedenheiten in formeller und sachlicher Beziehung vorhanden sind. Die formellen Differenzen bestehen darin, daß Rußland auf die Türkei einen viel größeren Druck ausüben will als auf die Balkanstaaten, weil es die Rolle des großen Beschützers der Balkanstaaten weiterführen will. Die sachlichen Differenzen bestehen darin, daß Rußland eher geneigt ist, die Autonomieforderungen Bulgariens zu unterstützen, während die übrigen Großmächte der Ansicht sind, sie könnten für dieses Verlangen Bulgariens, das die Türkei erst nach einem verlorenen Kriege erfüllen würde, nicht eintreten. Einig sind die Großmächte nur in ihren Bemühungen, eine Demobilisation auf dem Balkan herbeizuführen.

Wenn es nach unseren Panzerplatteninteressenten und berufsmäßigen Kriegsbegehern ginge, müßte aus dem Balkankriegsgeschrei ein Weltkrieg entstehen. In der Post ist man tatsächlich längst an der Arbeit, und das Rezept, wie man aus einem kleinen Gemisch ein allgemeines europäisches Schlachten machen kann, wird mit großem Eifer vorgetragen. Um die Türken vor dem Balkanverbund zu schützen, müssen Deutschland und Oesterreich schleunigst nach den Waffen greifen. Ob das den anderen Großmächten gefällt oder nicht, danach wird nicht gefragt. Daß ein Versuch der Zentromächte, die Balkanfrage auf eigene Faust zu lösen, zum schwersten Konflikt mit der Tripelentente führen müßte, weiß die Post ganz genau. Aber diesen Konflikt herbeizuführen, ist ja der eigentliche Zweck der Uebung.

Darum werden der deutschen Regierung wieder einmal stichtig die Leviten gelesen. Weil sie nicht jedesmal sofort Folge leistet, wenn die Post den Mobilisierungsbefehl erläßt — und das geschieht durchschnittlich aller vierzehn Tage einmal — gilt sie als viel zu schlapp und friedlich. Und jedesmal ist das Vaterland in Gefahr, jedesmal werden dieselben abgeklapperten Redensarten gebraucht wie diesmal, wo es heißt: Um unsere Zukunft handelt es sich dabei, und zwar nicht nur um unsere Weltmachtstellung, sondern um unsere Selbständigkeit und Bedeutung als europäische Kontinentalmacht.

Oesterreich und Rumänien müßte unter allen Umständen, eventuell mit den Waffen, der Rücken gedeckt werden. „Der Unterstützung der gesamten Nation könnte eine solche Politiksicher sein.“ So schreibt die Post, die nicht in der Lage ist, aus ihren Abonnemententnahmen die Kosten zu decken, die der Druck ihres Unsinn erfordert.

Wedenlicher mag es stimmen, daß die dem Kaiserlichen österreichischen Thronfolger ergebene deutsche Zentrums- presse jetzt laute anfängt, in das gleiche Horn zu stoßen. So veröffentlicht die Berliner Germania einen Wiener Brief, in dem ausgesöhrt wird, Oesterreich müßte unter allen Umständen verhindern, daß Albanien, sein wirtschaftliches Er-

pausionsgebiet, unter den Einfluß einer anderen Macht gerate, es dürfe die großserbischen Präzessionen unter keiner Bedingung dulden. Schließlich wird der fromme Thronfolger gefeiert, der den „Hauptstreikern gegen die Militärdiktatur“ zum Trotz darauf gesehen, daß Oesterreich seine Waffen blank halte.

Das Verhalten der schwarzen „Hauptstreiker“ für die Militärdiktatur ist nicht unverständlich. Für sie ist der Balkanstreit ein Kampf der katholischen Kirche mit der russisch-orthodoxen Kirche. Oesterreich, zumal das Oesterreich Franz Ferdinands, erfreut sich als katholische Vormacht ihrer ausgiebigsten Unterstützung. Vom deutschen Volk aber, ob katholisch oder protestantisch, sollte man nicht verlangen, daß es für die Balkanpolitik des Papstes und seines Werkzeuges, des Erzherzogs Franz Ferdinand, seine Haut zu Markte trägt.

### Die bulgarische Sozialdemokratie und der Krieg.

Die bulgarische Sozialdemokratie ist selbstverständlich gegen den Krieg. Die radikale Fraktion ist der von den bürgerlichen Parteien propagierten Forderung der Autonomie Mazedoniens scharf entgegengetreten. Deren Erfüllung bilde überhaupt keine Lösung der Balkanfrage. Denn das autonome Mazedonien wäre ebenso der Janfapel der rivalisierenden Balkanstaaten und deren Dynastien, wie der europäischen Diplomatie, wie das verfallene Mazedonien. Sodann würden auch die an der Balkanhalbinsel interessierten europäischen Großmächte keineswegs die Erreichung einer wirklichen Autonomie Mazedoniens gestatten. Ein Krieg auf dem Balkan käme nur der Eroberungspolitik der interessierten Großmächte zugute. Heute werden die Balkanstaaten, insbesondere Bulgarien, am auffälligsten von Rußland zu einem Kriege mit der Türkei aufgehetzt. Es liegt nun auf der Hand, daß ein Krieg zwischen Bulgarien und der Türkei nur ein Schrittmaier für die Eroberungsbestrebungen Rußlands auf dem Balkan wäre. Dann träte auch die russische Geheimkonvention mit Bulgarien in Kraft, wonach im Kriegsfall mit der Türkei die russische Flotte die bulgarischen Hafenstädte am Schwarzen Meer besetzen und somit den Einzug Rußlands in Südbulgarien, von wo aus der kürzeste Landweg nach Konstantinopel führt, sichern soll. Ein Krieg um die „Autonomie“ Mazedoniens würde, ohne das eigentliche Ziel erreicht zu haben, Bulgarien total erschöpfen, um es dann dem russischen Despotismus auf Gnade und Ungnade auszuliefern.

Trotzdem nimmt die Sozialdemokratie in Bulgarien gegenwärtig entschieden gegen diesen Krieg Stellung und tritt mit aller Energie für die Vereinigung der Balkanvölker in einer föderativen Republik auf. Diese Aufgabe ist für die Sozialdemokratie Bulgariens und der Balkanländer überhaupt umso gebieterischer, da ja mit Bestimmtheit vorauszusehen ist, daß ein Balkankrieg zu einem Weltkrieg führen kann, gegen den sich das gesamte internationale Proletariat aufbäumt.

Tagegen bezeichnet der opportunistische Flügel als sein Ziel: Durch die Selbstbestimmung der Balkan-Nationalitäten zur Balkanföderation, also eine mehr abgeklärte Formulierung, von der sich diese Richtung die Möglichkeit einer mehr unmittelbaren Einwirkung auf die national erregte Bevölkerung verspricht.

### Der Aufmarsch.

Konstantinopel, 3. Oktober. Da die bulgarische Armee am 30. September mobilisiert worden ist, kann sie am zehnten Tage an der Grenze aufmarschieren. Von den neun Divisionen des Friedensheeres sind sechs gegen die Türkei, drei zur Kooperation mit Serbien gegen Rumelien bestimmt, die Reserve divisionen bleiben an der rumänischen Grenze. Der Beginn der Feindseligkeiten ist in vier Tagen zu erwarten.

London, 3. Oktober. Die Pall Mall Gazette bringt die Mitteilung, daß die bulgarische Regierung einen englischen Aviatiker gebeten hat, die Bildung eines bulgarischen Fliegerkorps zu übernehmen. Der Aviatiker soll das Anerbieten angenommen haben.

### Serbien.

Belgrad, 3. Oktober. Wie in Regierungskreisen bestimmt berichtet wird, ist Serbien keineswegs von aggressiven Absichten befeuert, sondern ist bestrebt, seinen Stammesgenossen durch Schaffung einer autonomen Provinz Mazedonien, von deren 1.050.000 Einwohnern über 700.000 serbischer Nationalität sind, die Gleichberechtigung und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. — Die Slupschina ist heute zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten und hat sich konstituiert. Am Sonnabend werden die Parliaments-sitzungen durch eine Thronrede König Peters eröffnet, der mit großer Spannung entgegengesehen wird.